

## Diktatur

Ruhe  
vor allen  
Roten

Uruguay, der totalitärste Staat Südamerikas, schmückt sich mit einem Turnier der Fußball-Weltmeister. Ansonsten herrscht politische Grabesstille

Die Straßen von Montevideo sind grau. Rostige Austins und zusammengeflackte Fords aus den 50er Jahren rollen die breiten Avenidas entlang, vorbei an Häusern mit bröckelndem Putz. Wenn es dunkel wird, dann quillt aus den Wohnungen kein buntes, lateinamerikanisches Nachtleben. Schlechte, schummerige Straßenbeleuchtung macht die Hauptstadt von Uruguay vollends zur toten City.

Im Gesicht von Montevideo spiegelt sich der Zustand des 2,7-Millionen-Staates. Uruguay, dessen Fußballer derzeit den 50. Jahrestag ihrer ersten Weltmeisterschaft feiern, ist ein Land ohne Glanz, mit verblaßter Größe, und es herrscht politische Grabesstille. Seit sieben Jahren hält eine Militärjunta das zwischen Argentinien und Brasilien eingequetschte Land im eisernen Griff: Die Parteien sind verboten, alle Medien werden zensiert, 1500 Menschen sitzen wegen ihrer politischen Überzeugung noch immer im Gefängnis. Auf dem Höhepunkt der Repression waren 7000 Uruguayer in Kerkern, Konzentrations- und Militärlagern interniert — kein Land der Welt hatte, verglichen mit der Bevölkerungszahl, so viele politische Gefangene.

Eine autoritäre Verfassung, die die Herrschaft der Militärs verewigen sollte, ist von der Bevölkerung am 30. November zwar abgelehnt worden. Doch von der Demokratie ist das Land so weit entfernt wie eh und je.

lle

Uruguay ist ein Land fast ohne Nachrichten. Die wenigen Informationen, die nach draußen dringen, sind Schreckensbeweise dafür, wie brutal die Ruhe und Ordnung im Land durch die Militärs erzwungen wurde. Bestialische Verhörmethoden — in der STERN-Serie „Folter '77“ beschrieben — haben das Land, so US-Senator Frank Church, zur „Folterkammer Lateinamerikas“ gemacht. Im größten Gefangenenlager des Landes mit dem zynischen Namen „Libertad“ (Freiheit) werden nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes die Häftlinge „in wenigen Jahren physisch und psychisch zermalmt“.

Kaum zu glauben, daß Uruguay einmal als Musterstaat galt, als Land mit der wohlhabendsten Bevölkerung und stabilsten Demokratie zwischen Karibik und Kap Hoorn. 1915 schon wurden dort der Acht-Stunden-Tag und die 48-Stunden-Woche Gesetz. Eine breite Mittelklasse von Einwanderern aus Europa verdiente jahrzehntelang gutes Geld durch den Export von Fleisch, Wolle und Häuten. Die zwei großen bürgerlichen Parteien, die „Colorados“ und „Blancos“, wechselten sich brav in der Regierung ab. Der Wohlfahrtsstaat Uruguay galt als die „Schweiz von Südamerika“.

Die Demokratie geriet auch dann noch nicht ins Wanken, als die Wirtschaft zu verblühen begann. Einfuhrbeschränkungen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft verschlossen Uruguay seine profitablen Märkte. Die Herrschenden hatten versäumt, das Land rechtzeitig zu industrialisieren. Sie brachten ihr Kapital lieber ins Ausland oder verpulverten Millionen für Prachtbauten, beispielsweise eine Avenue aus rosa Basalt in Montevideo. Derweil stiegen Arbeitslosenzahlen und Inflationsraten, und der Lebensstandard sank.

Die politische Wende aber setzte erst ein, als die „Tupamaros“ auftauchten, eine Untergrundbewegung aus radikalen

Studenten, die eine Revolution durch Stadtguerillakampf wollten. Sie überfielen Banken und verteilten das Geld an die Armen, fuhren Lastwagen voll Brot in die Elendsquartiere. In unterirdischen „Volksgefängnissen“ hielten sie gekidnappte Politiker und Manager gefan-

gen. Die anfänglichen Sympathien bei der Bevölkerung verspielten die „Tupamaros“ dadurch, daß ihre Gewaltaktionen immer wahl- und zielloser wurden.

Um dem Terror ein Ende zu machen, rief die Regierung 1971 das Militär zu Hilfe. Es

hob die ganze Bewegung innerhalb von drei Monaten aus. Doch die Regierung wurde die Geister, die sie gerufen hatte, nicht mehr los. 1973 wollten die Generäle die ganze Macht: Sie putschten, lösten das Parlament auf und erließen drakonische Sicherheitsgesetze.

Politische Aktivitäten waren von nun an verboten. Versammlungen von mehr als fünf Personen, selbst bei Fußballspielen, bedürfen seither der polizeilichen Erlaubnis. Sämtliche Politiker, die für Linksparteien kandidiert hatten, und alle Beamten der alten Administration wurden für 15 Jahre zu „geächteten Bürgern“ erklärt, deren Namen öffentlich nicht erwähnt werden dürfen. Sieben Sicherheitsdienste mußten her, um das Volk auszuspionieren. Uruguay wurde zur totalitärsten Diktatur in Südamerika.

300 000 Menschen, zwölf Prozent der Bevölkerung, verließen resigniert das Land. Denjenigen, die zu Hause blieben, bescheinigte Staatspräsident Aparicio Méndez 1977 wörtlich eine besondere „Intelligenz“. Laut Umfrage des amerikanischen Gallup-Institutes seien 63 Prozent des Volkes an Politik nicht interessiert. Die anderen 37 Prozent seien ohnehin nur Kommunisten, Subversive und solche, die ihre Posten verloren hätten.

B101I19

zwar abgelehnt worden. Doch von der Demokratie ist das

Die politische Wende aber setzte erst ein, als die „Tupama-

laren hätten.

STE Stern

31. Dez. 1980 2.!

Datum

B101120

Quelle

Die angebliche Entpolitisierung des Volkes wiegte die Militärs in Sicherheit. Zusätzlich ermutigt durch den Erfolg der chilenischen Junta, die im September für eine von den Militärs maßgeschneiderte Verfassung die Zustimmung von 67 Prozent der Wähler erhalten hatte, wollten auch die Machthaber in Uruguay ihre Herrschaft auf Dauer absegnen lassen.

Sie präsentierten einen Verfassungsentwurf, in dem Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit fehlten. Sie wollten den von ihnen besetzten „Nationalen Sicherheitsrat“, der jetzt schon de facto regiert, als höchste Machtinstanz institutionalisieren. Und sie wollten für immer alle Parteien verbieten, die „in Bezeichnung, Grundsätzen und Ideologien eine Verbindung mit ausländischen Par-

teien“ oder mit „fremden Staaten“ erkennen lassen — im Klartext: die gesamte Linke. Ein einziger Bewerber, von den Militärs gebilligt, sollte bei der Präsidentenwahl 1981 kandidieren.

Um ganz sicher vor allzu langer, kritischer Diskussion zu sein, veröffentlichten sie ihren Verfassungsentwurf erst vier Wochen vor dem Abstimmungsdatum. Während der einmonatigen Kampagne ging ein Trommelfeuer von Fernsehspots und Zeitungsanzeigen für ein „Ja“ auf die Bevölkerung nieder. Der Opposition aber blieben die Medien verschlossen, und Versammlungen für das „Nein“ waren nicht unter freiem Himmel, sondern nur in geschlossenen Räumen erlaubt. Zusätzlich drohte die Regierung, man werde die „Ausnahmesituation“ verlängern, „wenn der düstere Vorsatz der bestrafte Politiker, die Verfassung nicht zu billigen, Erfolg haben sollte“.

Das, so dachten die Generäle, müßte für eine „saubere“ Mehrheit reichen. Siegessicher verzichteten sie darauf, Vorkehrungen für eine Manipulation des Wahlergebnisses zu treffen.

Doch sie verrechneten sich so gründlich, wie es nur volksferne Diktatoren können. Denn Reste eines starken Demokratiebewußtseins, das Uruguay einmal berühmt gemacht hatte, waren in den Köpfen der Wähler geblieben. Mit 54 gegen 39 Prozent erteilten sie dem Verfassungsentwurf eine sensationelle Abfuhr — es war die erste Abstimmungsniederlage, die je eine moderne Diktatur erlitten hat.

So machten die Militärs denn ihre Drohung wahr. „Versammlungen, Kundgebungen, mündliche und schriftliche Meinungsäußerungen politischer Natur, Propaganda in irgendwelchen Massenmedien und jeder Akt mit ähnlicher Zielsetzung“ waren schon am Tag nach dem unerwarteten „Nein“ wieder verboten. Die Zeitungen durften das Wahlergebnis nicht kommentieren. Seitdem liegt Uruguay erneut im Dornröschenschlaf.

132 Hans-Joachim Löwer